



Barbara Menke, Vorsitzende des
Bundesausschusses politische Bildung (bap)
© bap e.V. Foto: Jörg Carstensen

Demokratie stärken und weiterentwickeln - Haushalt 2018: Vom aktuellen und vom bleibenden Wert der politischen Bildung

Fragen an Barbara Menke, Vorsitzende des Bundesausschuss
Politische Bildung (bap)

Wuppertal, den 19.7.2018

**Bap: Der Bundeshaushalt 2018 ist nun verabschiedet und es ist
Zeit, Bilanz zu ziehen: Tragen aus Sicht der Politischen Bildung
die Zahlen den Ankündigungen im Koalitionsvertrag Rechnung;
welche Wünsche bleiben offen?**

Antwort: So ein Haushalt ist für sich genommen ein komplexes Gebilde. Längst nicht alles erklärt sich auf den ersten Blick. In dem einen oder anderen Bereich liegen die Dinge noch nicht klar vor uns, müssen wir Vermutungen anstellen. Selbst wenn man den Haushaltstitel im Kinder- und Jugendplan (KJP) nimmt, kann man nicht eindeutig von einer positiven bzw. einer negativen Entwicklung sprechen.

Können Sie das näher erläutern?

Schauen Sie: Erhöhungen im Kinder- und Jugendplan (KJP) gibt es für die Jugendverbände und die Jugendorganisationen der Parteien. Das Programm Politische Jugendbildung bleibt auf dem Niveau von 2017 und ist damit faktisch seit 10 Jahren nicht mehr erhöht worden.

Und wie steht es um die übrigen Bundesetats, aus denen üblicherweise auch politische Bildung gefördert wird?

Im Titel der politischen Erwachsenenbildung bei der Bundeszentrale politische Bildung (BpB) werden die Mittel erhöht. Auch der Etat der BpB insgesamt steigt, ebenso die Personalstellen, wenn man einer öffentlichen Äußerung des Präsidenten Thomas Krüger folgt. Das ist eine erfreuliche Entwicklung und ich gehe fest davon aus, dass daran auch die Träger der politischen Bildung partizipieren.

Eine eher unerwartete Entwicklung nimmt die entwicklungspolitische Bildung. Hier ist eine Reduzierung um 5 Millionen auf 35 Millionen zu vermelden; ungewöhnlich genug bei den globalen Problemlagen, vor denen wir stehen. Ich bin aber nicht sicher, inwiefern es hier nicht einen Ausgleich an anderer Stelle, d.h. aus anderen Etats, gibt.

Der Titel des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW) hingegen wird erfreulicherweise um eine Million Euro aufgestockt. Das deckt aber bei weitem nicht den Bedarf an Mitteln für die internationale Jugendarbeit, deren Bedeutung ja nicht ab-, sondern eher zunimmt.

Und wie, Frau Menke, entwickeln sich die neuen Programme zur Förderung der Demokratie, die die Bundesregierung seit einiger Zeit auflegt?

Gerade hier kann man durchaus von positiven Entwicklungen sprechen: So wird das Programm „Demokratie leben!“ noch einmal, jetzt auf 120,5 Mio. Euro aufgestockt. Und was fast wichtiger ist: Eine Verstetigung der Förderung ist angekündigt worden. Auch verschiedene weitere Präventionsprogramme werden aufgestockt, deren Verstetigung ist angekündigt worden. Daneben hat auch die Benennung eines Beauftragten für den Antisemitismus zusätzliche finanzielle Auswirkungen. Mit Blick auf die Europawahlen im kommenden Jahr werden schließlich die Mittel für

europäische Aktivitäten erhöht, was ebenfalls politischen Bildungsmaßnahmen zugutekommen kann. Ob die für die politische Kultur so wichtige Erinnerungskultur, also die Auseinandersetzung mit dem Holocaust, dem Nationalsozialismus und seiner Vorgeschichte finanziell gestärkt wird, kann ich zur Zeit noch nicht überblicken. Wichtig wäre es auf jeden Fall angesichts der anwachsenden rechtspopulistischen Tendenzen in unserer Gesellschaft.

Höre ich da eine gebremste Zufriedenheit für das zweite Halbjahr?

Ja und nein: Es geht ja nicht nur um die Höhe der Haushaltsmittel, sondern auch um die Konditionen ihrer Verausgabung. Und hier liegt das Problem. Gegenwärtig arbeiten wir z.T. unter den Bedingungen einer sog. vorläufigen Haushaltsführung. Das heißt, wir dürfen nur bis zu 45% der Vorjahresförderung einsetzen. Erst wenn die Ministerien die Bewilligungen für das restliche Jahr ausgefertigt haben - das wird Mitte August sein - dürfen wir weiter planen. Uns läuft salopp gesagt gegenwärtig die Zeit davon. Es bleiben, selbst wenn keine Verzögerungen eintreten, nur etwas mehr als drei Monate, um das ganze Jahr planungs- und vorbereitungsmäßig aufzuholen. Das ist nach aller Erfahrung beinahe unmöglich. Dafür fehlt den Trägern, die ja in den letzten Jahren vom Bund strukturell kurzgehalten wurden, sowohl das Personal als auch die Infrastruktur!

Bekommen sie nicht auch Probleme mit der Teilnehmerrekrutierung?

Sie haben natürlich recht: Auch die Teilnehmenden sind nicht beliebig „beizubringen“ und sie wollen sich natürlich mit aktuellen, nicht mit alten und abgelebten Themen beschäftigen. Es kann daher sogar dazu kommen, dass aus haushaltstechnischen Gründen staatliche Fördergelder nicht abgerufen werden können, obwohl der Bedarf grundsätzlich da und obgleich er hoch ist. Das Problem ist übrigens nicht neu. Es tritt im Zusammenhang mit Neuwahlen immer wieder auf. Es könnte allerdings vermieden werden, wenn rechtzeitig sogenannte Verpflichtungsermächtigungen in die Vorläufer-Haushalte eingestellt werden, was aber kein Finanzminister, keiner im Bund und keiner in den Ländern, gerne tut. Andererseits: Auch in Zeiten, in denen es nur eine geschäftsführende Regierung gibt, wird politische Bildung gebraucht, fast noch mehr als in normalen Zeiten.

Die Situation für das Haushaltsjahr 2018 wäre damit in etwa geklärt, so viele Schwierigkeiten sie wegen der zähen Regierungsbildung auch bringt: Aber wie geht es in nächster Zukunft weiter?

Diese Frage ist mehr als berechtigt. Nachhaltige Planung heißt immer Planung über das aktuelle Haushaltsjahr hinaus. Der Bundeshaushalt 2019 steht zur Beratung an. Wenn ich richtig gelesen habe, werden die Zahlen „überrollt“, d.h. die Planzahlen sind identisch mit den Zahlen des Entwurfs 2018, wie sie vor der parlamentarischen Beratung vorlagen. Es ist zu hoffen, dass damit nicht alle Diskussionen wieder von vorne losgehen. Hier sollten Nägel mit Köpfen gemacht werden. Dem Parlament wäre zu empfehlen, den 2018 beschlossene Haushaltplan ohne Wenn und Aber zur Grundlage auch für 2019 zu machen. Das gäbe ein Stück weit Planungssicherheit für die Träger. Zu empfehlen wäre ferner, auch Inflationsraten, Sachkosten- und Tarifsteigerungen "einzupreisen". Das erspart viel politischen Ärger und erleichtert den Mittelempfängern ihre Arbeit.

Und wird sich die Tendenz der Politik fortsetzen, für jedes neue Problem ein neues Programm aufzulegen, gegebenenfalls zu Lasten traditioneller Bereiche?

Ich hoffe, dass das nicht passiert: Wichtiger wäre es, darauf zu sehen, was man schon hat und dann das, was sich bewährt hat, besser und nachhaltiger zu fördern. Damit ist nichts gegen ein Programm wie das oben genannte "Demokratie leben" gesagt, wohl aber will ich darauf aufmerksam machen, dass man die über Jahrzehnte erfolgreichen Angebote der Träger der politischen Bildung, wie sie im BAP versammelt sind, möglichst noch mehr und noch intensiver fördert. Sie repräsentieren eine seit Anbeginn der Bundesrepublik bewährte und lebendige Kooperation in Sachen Demokratieförderung zwischen dem Staat und den gewachsenen pluralen Kräften der Zivilgesellschaft, wie sie beispielsweise die Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und ihre jeweiligen Umfeldler darstellen. Es sind

neue zivilgesellschaftliche Gruppen dazu gestoßen und sollten in der staatlichen Förderung auch Berücksichtigung finden. Dies aber, wenn Sie so wollen, als Add on, nicht als Nullsummenspiel, das zur Austrocknung der erfolgreichen Programme der traditionellen Träger der politischen Bildung führt. Die Kooperation zwischen den *alten* und *neuen* zivilgesellschaftlichen Akteuren bietet, aus meiner Sicht, neue Chancen zur Weiterentwicklung der Demokratie.

Unser Staat und unsere Gesellschaft vertragen weiß Gott gerade in der gegenwärtigen Situation mit ihren akuten Gefährdungen des demokratischen Bewusstseins mehr und nicht weniger politische Bildung.

Der bap versteht sich also als gesellschaftlich relevanter Bildungsträger, der noch etwas mehr Aufmerksamkeit und Anerkennung vertragen könnte?

Ach, wir leiden nicht unter Minderwertigkeitskomplexen. Wir wissen sehr wohl, dass die Arbeit der Träger im bap gerade auch in den Kreisen der Abgeordneten im Bundestag in ihrem Wert für die Sicherung und Weiterentwicklung unserer Demokratie geschätzt und anerkannt wird. Unsere Angebote der politischen Bildung fördern nachweislich die Bereitschaft zu Engagement und Beteiligung im öffentlichen Raum und helfen so, unsere Demokratie zu sichern und vor allem weiter zu entwickeln. Sie setzen als Angebote der non-formalen politischen Bildung auf Freiwilligkeit, geben damit keine Entscheidungen vor, regen aber zur politischen Entscheidungsfähigkeit an und sind damit eine Art ideeller Baustein für das gesellschaftliche Engagement.

Wird diese Arbeit der Träger der politischen Bildung denn von der Politik ggf. von der Wissenschaft entsprechend gewürdigt?

Wie das so ist mit dem Propheten im eigenen Lande. Was eigentlich schon immer da war und reibungs- wie weitgehende konfliktfrei seine Arbeit macht, wird selten angemessen gewürdigt. Ein wenig geht es den Trägern im bap so, etwa, wenn in dem kürzlich veröffentlichten Bildungsbericht von Bundesregierung und Bundesländern ("Bildung in Deutschland") die nicht-formale Bildung lediglich als Unterkapitel der „Allgemeinbildenden Schulen“ abgehandelt wird (wo sie keinesfalls hingehört) und von den mehr als 300 Seiten nur etwas mehr als zwei Seiten dem Leben „außerhalb der Schule“ gewidmet werden. Hier versteigen sich die AutorInnen der Berichterstattergruppe zu einer großen schullastigen Einseitigkeit, die die formale Bildung, namentlich die der Schule, auf Dauer überfordern wird und die Chancen und Möglichkeiten, die in der non-formalen Bildung schlummern, chronisch unterschätzt.

Was wäre denn der bleibende Wert der politischen Bildung - über die aktuelle Haushaltlage hinaus?

Mehr auf die Menschen hören, so steht es im Koalitionsvertrag. Wo mehr als in der non-formalen politischen Bildung mit ihrer strikten Teilnehmerorientierung und ihrem konsequenten Überwältigungsverbot, wird dieses Gebot gelebt! Wo stärker als hier werden die Fragen gestellt, die die Menschen bei uns heute bewegen: Wie gehen wir mit den Flüchtlingen um? Was heißt für uns Klimawandel und Energiewende? Wie steht es um die Angst vor Globalisierung und mit den Heimatgefühlen? Was wird aus der Europäischen Union als Wertegemeinschaft? Ist Demokratie angesichts der autokratischen und nationalistischen Entwicklungen überall auf der Welt und auch in der westlichen Hemisphäre ein Auslaufmodell? Das alles zu diskutieren geht nicht nur über Kampagnen von Agenturen oder Videobotschaften, darüber zu reden, kommt auch in der Schule leider nur am Rande vor. Dafür sind aber die nicht-formalen Bildungsgebote der Politischen Bildung ein hervorragend geeigneter Ort. Deshalb sind sie unverzichtbar für unsere Demokratie und deshalb gehören sie auch auskömmlich gefördert - und zwar strukturell und nicht allein projektbezogen.

Zur Person: Barbara Menke ist Vorsitzende des Bundesausschusses politische Bildung – bap e.V., und Bundesgeschäftsführerin ARBEIT UND LEBEN

Zum bap-Bundesausschuss politische Bildung: Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. ist ein Zusammenschluss der bundesweiten Verbände der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Gemeinsames Ziel der im Bundesausschuss versammelten Organisationen ist, sich für eine Stärkung und Weiterentwicklung politischer Jugend- und Erwachsenenbildung zu engagieren und die Interessen dieses Arbeitsbereichs gegenüber Politik, Behörden und der Gesellschaft zu vertreten.

Website: <http://www.bap-politischebildung.de>

Facebook: <https://www.facebook.com/BundesausschussPolitischeBildung>

Twitter: https://twitter.com/bap_de

Für Rückfragen: Lothar Harles, bap-Vorstandsmitglied, Tel 0228 24 25 04 21, E-Mail: harles@bap-politischebildung.de

Herausgeber: Bundesausschuss Politische Bildung e.V. - presserechtlich verantwortlich: Lothar Harles c/o BAK ARBEIT UND LEBEN Robertstr. 5a - 42107 Wuppertal